

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post nach dem eigenen Bezirke hat das Haus monatlich 1,40 Mark, die Postzeitung 85 Pf. (Postzeitung 85 Pf.). Bei Nichtzahlung der Postzeitung beträgt das Haus monatlich 1,50 Mark. Einzelhefte 50 Pf. Bei Abbestellung der Postzeitung ist der Nachzahlungsbeitrag zu zahlen.

Nr. 260.

Altensteig, Dienstag den 7. November.

Jahrgang 1922

Die Stabilisierung der Mark.

Der finanzpolitische und der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats haben in gemeinsamer Sitzung ein Gutachten angenommen, das von einem Untersuchungsausschuss ausgearbeitet worden war. Dieses Gutachten lautet:

„Der Zusammenbruch der Währung, wie er sich in den letzten Wochen vollzogen hat, bedroht Deutschland mit einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Katastrophe. Schon der jetzige Tiefstand der Mark wird, wenn er länger anhält und im inneren Preisniveau voll zur Auswirkung kommt, verheerende Folgen für den Lebensstandard und selbst für die Existenzfähigkeit ganz großer Schichten hervorrufen, noch mehr, wenn die Entwertung der Mark sich ungehemmt fortsetzen sollte. Dieser Katastrophe mit allen Mitteln entgegenzuwirken, ist darum die Pflicht der verantwortlichen Reichsregierung. Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung sind:

1. Eine Neuregelung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland von untragbaren Lasten befreit und ihm eine mehrjährige Ktempause zur inneren Kräftigung gewährt;

2. Eine Sanierung des öffentlichen Haushalts: Die Geldentwertung hat, weil sie die Ausgaben viel schneller als die Einnahmen wachsen läßt, von neuem zu einer rapiden Vermehrung der schwebenden Schuld geführt. Es ist unbedingt geboten, schonigst für den gesunkenen Geldwert entsprechende Mehrmaßnahmen, daneben für eine mögliche Ermäßigung der Ausgaben zu sorgen, insbesondere durch Sparmaßnahmen und Vereinfachung in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.

3. Eine Intensivierung und Rationalisierung der Produktion: Die Geldentwertung, die jeden Spartrieb vernichtet, hat bei der Arbeiterschaft den Willen zur Arbeitsintensivierung, bei der Unternehmerschaft, die sich durch Scheingerinne vielfach über den tatsächlichen Niedergang täuschen läßt, den Trieb zur höchsten Qualitätsleistung und zur sorgsamsten Kostulution gelähmt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erkennen, daß hier die Rückkehr zum Verantwortungsbewußtsein der Vorkriegszeit unbedingte Notwendigkeit ist.

Als Einleitung der erst später und nur unter diesen Voraussetzungen zu erreichenden Stabilisierung muß jetzt eine Regulierung des Marktkurses einsehen, die der künftigen Stabilisierung den Weg bahnt. Dazu ist erforderlich, daß der Wirtschaft für die nächste Zeit diejenigen Devisenbeträge zur Verfügung gestellt werden die sie für den unmittelbaren, realen Bedarf nötig hat. Dabei ist die Mitwirkung der Reichsbank nicht zu entbehren. Voraussetzung für dieses Vorgehen ist die Zustimmung der Reparationskommission und die Erlangung einer auswärtigen Stabilisierungsanleihe.

Rur im Zusammenhang mit einem solchen Regulierungsversuche können technische Maßnahmen einen Erfolg in Aussicht stellen, die darauf abzielen, der neben dem realen Devisenbedarf der Wirtschaft einhergehenden vermeidbaren Nachfrage nach Devisen entgegenzutreten. Die Neuorganisation des Devisenmarktes, die Regelung des Devisenverkehrs mit dem Verbot von vollwirtschaftlich nicht unbedingt notwendigen Devisenkäufen und Devisenverwendungen.

Der Ausschuss empfiehlt ferner die Ausgabe eines wertbeständigen Anlagepapieres, das die natürlichen Bedürfnisse weitester Volksschichten nach Erhaltung ihrer Vermögenssubstanz befriedigt, sie vom Kauf von Devisen abhält und dadurch die normale Sparfähigkeit wieder ermöglicht und anregt, ohne die der Wiederaufbau und die Stärkung der Produktion nicht geleistet werden kann. Es geht nicht weiter an, einem Teile des Volkes jede Sicherung seiner Kaufkraft und seiner Wirtschaftsgrundlage vorzuenthalten, wo die Erfahrung lehrt, daß man durch keine gesetzlichen Maßnahmen den Großverleher hindern kann, die Goldrechnung für sich einzuführen. Die Schatzkammer müssen entweder auf Gold basieren oder es müssen solche Steuern für die Fundierung der Anleihe reserviert werden, deren Ertrag sich selbstständig mit der Steigerung der Devisenkurse erhöht, und zwar möglichst solche Steuern, die auf Transaktionen einkommen, die mit Deviseneinnahmen von Handel und Industrie verbunden sind. Der Ausschuss hält es für erwägenswert, die Goldanleihe mit einer kurzfristigen Kreditauktion für Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zu verbinden.

Für eine unbedingte Goldanleihe des Reiches würde der Ausschuss die Verantwortung ablehnen.“

Neues vom Tage.

Die Berliner Reparationsverhandlungen.

Die Vorschläge der Reichsregierung.

Berlin, 6. Nov. Ueber den Inhalt der Sonntag überreichten Vorschläge der Regierung berichtet der sozialdemokratische Parlamentsdienst: Im Vergleich zu den am Freitag den Vertretern der alliierten Staaten auf Wunsch überreichten Denkschriften, die als Programm der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark, zur Bilanzierung des Staats und zur Behebung der schwebenden Schuld zu betrachten sind, handelt es sich bei den am Sonntag überreichten Vorschlägen gewissermaßen um Ausführungsbestimmungen, also um eine Ergänzung der bereits übergebenen Denkschriften. Bekanntlich bildet nach Auffassung der Reichsregierung die Gewährung einer Goldanleihe, deren Höhe die deutschen positiven Vorschläge offen lassen, die Voraussetzung zur Stabilisierung der Mark und im Zusammenhang hiermit zur Bilanzierung des Staats und zur Behebung der schwebenden Schuld. Als Sicherheitsleistung für eine äußere Anleihe bietet die Reichsregierung der Reparationskommission neben finanziellen Einrichtungen u. a. bestimmt umgrenzte Ausschüttungsrechte an, die keine Einschränkung der Souveränität der Reichsregierung bedeuten. Das Kapitel über die von Deutschland zu leistenden Sicherheiten nimmt den Hauptteil des Raumes in den Vorschlägen ein. Vorausgesetzt, daß die äußere Anleihe zustande kommt, ist die Reichsregierung bereit, auch im Innern Maßnahmen zu treffen, die sich im wesentlichen unseren Forderungen gegen die Währungs-katastrophe anschließen.

Französisches über die deutschen Vorschläge.

Paris, 6. Nov. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ erzählt über den Inhalt der von der deutschen Regierung überreichten Vorschläge zur Reparationsfrage, daß darin als die erste und wichtigste Voraussetzung das Problem der Stabilisierung der Mark bezeichnet wird. Als Heilmittel dafür und damit für das ganze Finanzwesen des Deutschen Reiches wird eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark gefordert und für das Zustandekommen einer solchen Anleihe die Unterstützung der Kommission erbeten. Dabei werden die Ausführungen des Pariser Bankenausschusses vom Sommer dieses Jahres zur genauen Begründung verwendet. Die deutsche Regierung erwähnt und fordert dagegen nicht den erwarteten Zahlungsaufschub und ebensowenig eine Herabsetzung der Zinsen des Londoner Reparationsplanes, offenbar weil die deutsche Regierung weiß, daß die Kommission sich mit diesen beiden Fragen nicht befassen kann, vielleicht aber auch, weil sie annimmt, daß die Frage von dem Finanzkomitee für die Anleihe ohnehin aufgeworfen werden müßte. Der „Petit Parisien“ meldet übereinstimmend mit anderen Pariser Blättern, daß diese Ausführungen bei der Kommission keine Befriedigung erweckten. Die Kommission wird sich Montag über ihre Stellung zu den deutschen Vorschlägen schlüssig werden. Am Dienstag und Mittwoch wird sie zusammen mit den deutschen Fachleuten die Frage der Kohle- und Holzlieferungen präzisieren. Mitte der Woche wird die Kommission wahrscheinlich von Berlin wieder abreisen.

Eine Erklärung Barthous in Berlin.

Paris, 6. Nov. Eine Havasdepesche meldet aus Berlin, daß Herr Barthou am Sonntag mittag nach seiner Besprechung mit den deutschen Vertretern erklärt habe: Wir hatten eine kurze Zusammenkunft, um die neuen Schriftstücke der deutschen Regierung entgegenzunehmen, aber man überreichte uns nur Notizen über das Budget. Wir erwarten neue und genaue Vorschläge. Wir werden mit den Vertretern der deutschen Regierung Montag wieder zusammenkommen.

Kritik der deutschen Vorschläge.

Paris, 6. Nov. Mit auffallender Einstimmigkeit wird in der französischen Presse gesagt, daß Reichsminister Dr. Wirth zu wenig Entgegenkommen und Einsicht zeige, wogegen man mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes viel weiter komme und sicher positive Ergebnisse erzielt hätte, wenn Hermes autonom hätte beschließen können. Der „Matin“ deutet sogar an, daß Anfangs der nächsten Woche die Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einer Kabinettskrise in Berlin führen wird. Auch der Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt, die Verhandlungen seien insofern wertlos gewesen, als sie bewiesen hätten, daß von diesem Kabinett nichts zu erwarten sei. Die industrielle Par-

tel, die bald zur Regierung zu gelangen glaube, behauptet einen vollständigen Reparationsplan zu haben. Die „Republique Francaise“ berichtet halbamtlich, die Reparationskommission werde voraussichtlich Mitte der Woche nach Paris zurückkehren, ohne in Berlin positive Ergebnisse erzielt zu haben. Die Brüsseler Konferenz, deren Eröffnung vermutlich am 5. Dezember stattfinden werde, werde nunmehr berufen sein, die die Reparationsfrage mit ihren einschlägigen Problemen zu erörtern. Man dürfe annehmen, daß die englische Regierung durchaus für eine umfassende Erörterung des gesamten Problems gewonnen sei.

Die Brüsseler Konferenz.

Paris, 6. Nov. Anfang Dezember soll, wie Havas berichtet, in Brüssel nunmehr die Finanzkonferenz stattfinden, wozu die belgische Regierung an sämtliche interessierten Staaten Einladungen ergehen lassen will. Amerika macht seine Teilnahme an derselben davon abhängig, daß die Frage der alliierten Schulden von den Verhandlungen ausgeschlossen wird. Wahrscheinlich wird der Konferenz eine Zusammenkunft des englischen, französischen, italienischen und belgischen Ministerpräsidenten vorangehen.

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Die Landtagswahlen in Sachsen, die am vergangenen Sonntag stattfanden, gingen unter sehr starker Wahlbeteiligung vor sich. Bürgerlicherseits wurde erhofft, daß man die bisherige Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten bricht, um die rein sozialistische Regierung zu befeitigen. Dies ist nicht gelungen. Stattdessen waren im sächsischen Landtag 49 Linke (27 Soz., 13 U.S.P., 9 R.P.) gegen 47 Bürgerliche (20 D.N., 18 D.S., 8 D.d.P., 1 Jtr.). Nach der Wahl ist das Verhältnis 51 gegen 45 oder 1327543 sozialistische gegen 1217006 bürgerliche Stimmen, also noch ungünstiger denn zuvor. Gewonnen hat die Vereinigte Sozialistische Partei und die Komm. Partei je 1 Sitz, die Deutschnationalen verloren 2 Sitze; die übrigen Parteien erhielten ihren Beisitz, das Zentrum, ebenso die Wirtschaftspartei und die Deutschsozialen gingen leer aus. Die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit kehrt damit zur Regierung zurück. Die Zerplitterung im bürgerlichen Lager und die stärkere Wahlbeteiligung werden als Gründe für das Wahlergebnis angeführt.

Rücktritt der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 6. Nov. In einem in Konstantinopel abgehaltenen türkischen Kronrat wurde beschlossen, die Anordnung von Angora über die Aufhebung der türkischen Regierung in Europa und über die Absetzung des Sultans für null und nichtig zu erklären. Der Großwesir hat den alliierten Oberkommissaren in Konstantinopel mitgeteilt, daß die Regierung der Horde auf die Entsendung einer Delegation zur Lausanne-Orientkonferenz verzichte. Unmittelbar darauf hat das türkische Kabinett demissioniert. Die Ministerien wurden geschlossen.

Eine weitere Meldung besagt: Die Haltung des Sultans ist unverändert. Er weigert sich, seinen Titel als Kalifen aufzugeben. Seine feste Bestimmung in diesem Punkt ist so, daß man annimmt, daß er der Unterstützung von Seiten der Engländer in diesem Punkt sicher ist. Es gilt aber auch für möglich, daß er der Angriffe von Angora müde, sein Amt verlassen und nach Indien abreisen wird, wo die muslimantische Bevölkerung für ihn Partei ergreifen will. Die Kemalisten bestehen auf seiner Abdankung als Kalif ehe er die Türkei verläßt.

Paris, 6. Nov. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der Rücktritt des Konstantinopeler Kabinetts erfolgt nachdem die Regierung von Angora den Ministern in Konstantinopel mitgeteilt hatte, wenn sie im Amt blieben, würden sie sich des Hochverrats schuldig machen. Nach dem Rücktritt habe der Militärgouverneur von Thrazien, Rifat Pascha, das Amt des Gouverneurs von Konstantinopel übernommen.

Forderung auf Räumung Konstantinopels.

Konstantinopel, 6. Nov. Nach einer Neutermedung hat die Angoraregierung den alliierten Oberkommissaren eine Verbalnote überreicht, worin erklärt wird, daß die alliierte Besetzung von Konstantinopel nunmehr unnütz und unmöglich geworden sei. Die Regierung von Angora wolle, daß die alliierten Regierungen das Gesuch um Räumung der Stadt günstig aufnehmen werden. Die Oberkommissare der Alliierten haben der Regierung von Angora jedoch mitgeteilt, daß sie die Forderung nach Aufhebung der interalliierten militärischen Besetzung kategorisch ablehnen.

Uebertragen wurde die Pfarrei Nötlingen dem Pfarrer Jung in Stammheim.

Glückwünsche. Durch die ungeheure Steigerung des Zeitungspapiers, den derzeitigen geringen Anfall von Zusendungen und durch unser Bestreben, den Bezugspreis unserer Zeitung in den niedrigen Grenzen zu halten, sind wir gezwungen, den Umfang unserer Zeitung an einzelnen Tagen einzuschränken, wie wir dies bereits vor Monatsbeginn angekündigt haben.

Wildberg, 3. Nov. (Goldene Hochzeit.) Die goldene Hochzeit konnten in diesen Tagen feierte August Wagner und seine Frau. Die beiden sind im Land als die Orgeleule bekannt und haben sich mit ihrer Dreihörner Kammerle durchs Leben geschlagen. Das kleine einarmige Männlein ist 81 Jahre und die Frau 79 Jahre alt.

Koch, 6. Nov. (Unfall.) Einem dreijährigen Kinde wurde hier am Samstag durch die Futterschneidmaschine eine Hand abgeschnitten.

Galw, 6. Nov. (Verleihung von Bergwerkseigentum.) Der Kommandant Alster und Kropp in Neubulach wurde das Bergwerkseigentum in dem auf den Gemeindegemarkungen Rötzbach, Uptisbach und Ehlendogen O. A. Oberndorf und Reimetsau O. A. Freudenstadt gelegenen Grubenfeld mit einem Flächeninhalt von rund 2 Millionen Quadratmetern vom württembergischen Oberbergamt verliehen. Unter dem Namen „St. Wolfgang“ und „Eberhard-Jesse“ soll in den Gruben nach Gold, Silber, Kobalt, Nickel und Kupfer gegraben werden. Das Gebiet auf der Markung Reimetsau erhält den Namen „Dreikönigsberg“.

Friedrichshafen, 6. Nov. (Grenzverkehr.) Durch Erlass des Reichsfinanzministeriums Berlin wurde die Höchstgrenze für Mitnahme von Zahlungsmitteln von Deutschland nach der Schweiz von 30 000 auf 50 000 M. erhöht. Unter dieser Höchstsumme sind auch ausländische Zahlungsmittel inbegriffen, die zum jeweiligen Tageskurs berechnet werden. Die Ausfuhr größerer Beträge hat durch die Banken mit Genehmigung des zuständigen Finanzamts zu erfolgen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Montag in Frankfurt 8587,50 G., 6616,50 Br., in Berlin 6408,93 G. und 6441,07 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1206,95 G., 1213,05 Br.
1 französischer Franken = 442,85 G., 445,15 Br.
1 belgischer Franken = 406,95 G., 409,05 Br.
1 italienischer Lira = 273,55 G., 274,45 Br.
1 engl. Pfd. Sterling = 28 777,85 G., 28 822,15 Br.
100 österreichische Kronen = 8,88 G., 8,92 Br.
1 tschechische Krone = 212,45 G., 213,55 Br.
1 dänische Krone = 1316,71 G., 1323,30 Br.
1 schwedische Krone = 1765 G., 1775 Br.

20 000 M. für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 6. bis 12. Nov. zum Preis von 20 000 M. für ein Zwanzigmarkstück, 10 000 M. für ein Zehnmarkstück. — Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 6. Nov. an bis auf weiteres zum 450fachen Betrag des Nennwerts.

Landesproduktendörse Stuttgart, 6. Nov. Die Devisensteigerung hat in abgelaufener Berichtswoche weitere Fortschritte gemacht und infolgedessen ist auch eine weitere Erhöhung der Getreidepreise eingetreten. Der Geschäftsgang ist augenblicklich sehr schwach, die Käufer sind zurückhaltend und abgesehen von dem Risiko der hohen Preise sind kaum noch die Kapitalien aufzubringen, welche jetzt zum Kauf von Getreide nötig sind. Es notierten nominell per 100 Kg. für gesunde trockene Ware ab württ. Stationen im Großhandel: Neuer Weizen, württ., je nach Lieferzeit 23—26 000, neue Sommergerste, württ., je nach Qualität und Herkunft 20—24 000, Roggen, württ., neu 22 000—24 500, Haber 20—24 000, Weizenmehl Nr. 0 (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 40 000—41 500, Brotmehl (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 38 500—40 000, Kleie 10 500 bis 11 000, Senf, württ. (neue Ernte) 36—38 000, Stroh 38—40 000 M. — Die Erzeugerpreise müssen natürlich gegenüber obigen Preisen niedriger sein, weil bei obigen Preisen enthalten sind: Die Verzehrung an den

aufkäufer, die Umsatzsteuer, Transportprovision und Zinsen, Lagerhauskosten, teilweise Fuhrlohn und Zwischenfrachten, Gewichtsverlust, Spesen, Frachten und Abnutzung des Sachmaterials, Rugen und Risikoprämie des Provinzhändlers, bzw. der Filiallagerhäuser der Genossenschaften.

Erhöhung der forstlichen Kuchholzpreise. Die Vertreter der württembergischen, badischen, bayerischen und hessischen Staatsforsten sowie der Waldbesitzerverbände einigten sich auf folgende ab 1. Nov. geltende Landesgrundpreise: Fichten- und Tannenlangholz 1. Kl. 23 000, 2. Kl. 22 000, 3. Kl. 20 000, 4. Kl. 18 000, 5. Kl. 16 000, 6. Kl. 14 000 M.; für Fichten- und Tannenabschnittsholz 1. Kl. 23 000, 2. Kl. 20 000, 3. Kl. 18 000, 4. Kl. 16 000 M.; für Kiefernlangholz 1. Kl. 31 000, 2. Kl. 26 000, 3. Kl. 21 000, 4. Kl. 18 000, 5. Kl. 15 000, 6. Kl. 13 000 M.; für Kiefernabschnittsholz 1. Kl. 33 000, 2. Kl. 28 000, 3. Kl. 18 000, 4. Kl. 14 000 M.; für Buchenstammholz 1. Kl. 24 000, 2. Kl. 22 000, 3. Kl. 19 000, 4. Kl. 15 000, 5. Kl. 12 000, 6. Kl. 9 000 M.; für Kiefernschwelenholz 1. Kl. 16 000, 2. Kl. 14 000 M.; für Eichenchwelenholz 1. Kl. 18 000, 2. Kl. 16 000 M. je für den Kubikmeter. Für Buchenholz, entindet, gelten folgende Preise: 1. Kl. 10 000, 2. Kl. 8 500, 3. Kl. 6 000 M.; für Rinde 1. Kl. 9 000, 2. Kl. 7 500 3. Kl. 5 500 M. je der Raummeter.

Stuttgarter Börse, 6. Nov. Der Börse war zu Wochenbeginn beinahe in allen Teilen fest, nur wenige Werte schwächten auf niedrigere Berliner Kurse etwas ab. Der Fremverkehr war außerordentlich lebhaft. Bankaktien fest.

Stuttgart, 4. Nov. Der Obstgroßmarkt war, wie die Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins berichtet, trotz des Regenerwetters stark befristet. Die lebhafteste Nachfrage nach haltbaren Winteräpfeln veranlaßte die Händler, ihre Preise für diese Ware unangemessen hoch zu schrauben. Das gleiche trifft bei den Birnen zu. Weintrauben gehen zu Ende. Ballnüsse sind kaum aufzutreiben und unsinnig teuer bei geringerer Qualität. Das Obstgeschäft ist am Abflauen. Es kommt noch immer Ware herein, der Bedarf scheint aber so ziemlich gedeckt zu sein. Die Preise bewegen sich zwischen 350—400 M. für den Ztr. Auf dem Gemüsemarkt geht die Zufuhr rasch zurück, genügt aber der durch die hohen Preise eingeschränkten Nachfrage. In Kartoffeln ist die ins Stocken geratene Lieferung wieder im Gang. Die Preissteigerung ist bei der durch das schauerhafte Wetter fast bis zur Unmöglichkeit gesteigerten Eindringung vollaus gerechtfertigt. Im Kleinhandel wurden bezahlt: für Edeläpfel 14—18 M., das Pfd., für Tafeläpfel 8,50—14 M., für Isal- und Rostäpfel 5,50 bis 5 M., für Spalterbirnen 15—22 M., für Tafelbirnen 8,50—15 M., für Quitten 12—17 M., für Kartoffeln 2,50—6,30 M., für gelbe Rüben 8—12 M., für Zwiebel 20—23 M.

Auf dem Rossmarkt auf dem Wilhelmplatz betrug am Samstag die Zufuhr 1500 Ztr. Preis 360 bis 400 M. für 1 Ztr.

Weinsberg, 4. Nov. Bei der Weinversteigerung der hiesigen Weingärtnergesellschaft wurden erzielt: für Rotgemischt 10 500—12 000, Trollinger 13 600—14 000, Weißriesling 12 300—13 500, Weißgemischt 10 500 bis 11 000 M. pro Hl.

Letzte Nachrichten.

Die Antwortsnote der Reparationskommission.

WTB. Berlin, 7. Nov. Wie die Blätter erfahren, entspricht der Inhalt der Antwortsnote der Reparationskommission auf die deutschen Vorschläge keineswegs den pessimistischen Berichten, die insbesondere von Paris aus verbreitet worden sind. Mehrere Blätter teilen mit, daß die Antwortsnote die Reichsregierung an die Versprechen erinnert, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes während seiner letzten Verhandlungen in Paris in Bezug auf eine Bilanzierung des deutschen Budgets abgegeben habe. Die Reichsregierung werde ersucht, diese Maßnahmen nunmehr durchzuführen. Die Reparationskommission stelle ferner an die deutsche Regierung das Ersuchen, der Kommission alsbald neue präzise Vorschläge über Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und zur Verringerung der schwebenden Schuld zu machen.

Wie mehrere Blätter melden wird die Reichsregierung heute Vormittag zur Beratung der Antwortsnote der Reparationskommission zusammentreten und die von der Kommission gemachten weiteren Vorschläge erörtern.

Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ hat der Reichskanzler die Führer der politischen Parteien für Mittwoch zu einer informativischen Besprechung über den Stand der Reparationsfrage eingeladen. Der auswärtige Ausschuß des Reichstags ist auf Freitag Vormittag einberufen worden.

Keine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge.

WTB. Berlin, 6. Nov. Wie die „Germania“ mitteilt, ist eine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge an die Reparationskommission zunächst nicht in Aussicht genommen.

Das Fallen des belgischen Franken.

WTB. Berlin, 6. Nov. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Brüssel hat das Fallen des belgischen Franken, das durch den unabweisbaren Sturz der Mark verursacht wurde, die belgischen Geschäftslente veranlaßt, in den letzten Tagen große Angsteinkäufe von Dollars vorzunehmen.

Die Parlamentswahlen in England.

WTB. London, 7. Nov. Acht Minister der gegenwärtigen Regierung und der Sprecher des bisherigen Unterhauses sind ohne Gegenkandidaten wieder gewählt. Bemerkenswert ist, daß Lloyd George keinen Gegenkandidaten hatte, während allen anderen Parteiführern wie Bonar Law, Asquith, Cignes und Chamberlain Gegenkandidaten gegenüberstehen. Von 616 Wahlkreisen sind nicht weniger als 242 zu verzeichnen, für die drei oder mehr Kandidaten aufgestellt sind.

Der Aufstand in Irland.

WTB. London, 7. Nov. In Dublin wurde das Postamt von etwa 40 Aufständischen in Brand gesetzt. Eine Abteilung Freistaatstruppen hat den Stabschef des Rebellenheeres gefangen genommen. Er ist schwer verwundet.

Der Wahlausfall in Poinisch Oberschlesien.

WTB. Berlin, 7. Nov. Mehrere Blättermeldungen aus Breslau und Danzig zufolge haben die deutschen Kandidaten in Poinisch-Oberschlesien bei den Sejmwahlen gute Erfolge gehabt. So entfielen laut „Vossischer Zeitung“ in Rönigshütte von 28 380 abgegebenen Stimmen 22 225 auf die deutschen Listen. Auch in Kaitowit, Myslowitz und Zarnowit steht die deutsche Liste an erster Stelle. In Wisnarschhütte, Rybnik und Sorau folgt die deutsche Liste der Liste Korfantys.

Aus Konstantinopel.

WTB. Paris, 6. Nov. Nach einer Jovakmeldung aus Konstantinopel hat der Vertreter Angoras den alliierten Oberkommissaren eine zweite Note überreicht, in der erklärt wird, Kriegsschiffe aller Nationalitäten müßten um die Ermächtigung zur Durchfahrt durch die Dardanellen nachsuchen und im Hafen die neue türkische Regierung grüßen. Eine weitere Note fordert den Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat.

Vom Sultan.

WTB. Paris, 7. Nov. (Jovak.) Nach Konstantinopeler Meldungen, die aber fern eingegangen sind, soll der Sultan versucht haben, die Stadt zu verlassen, woran er jedoch von der Bevölkerung verhindert worden sein soll.

Die Türken in Smyrna.

WTB. London, 7. Nov. Die „Times“ berichtet aus Smyrna, die Türken in Smyrna gestatteten den Europäern nicht, die Stadt zu verlassen, außer wenn sie zuvor ein Schriftstück unterzeichneten, in dem sie sich verpflichten, nie wieder nach Smyrna zurückzukehren.

Um die Zurückziehung der alliierten Truppen aus Konstantinopel.

WTB. London, 7. Nov. Neuer meldet aus Konstantinopel: Eine Veranmlung der Oberkommissare u. Generale in der britischen Poiskhaft hat die Forderung Angoras betreffend die Zurückziehung der alliierten Truppen beraten. Es verlautet, daß heule den Vertretern der Angora Regierung eine Note zugestellt werde, in der die Forderung lategorisch abgelehnt werde.

Wetterwärtliches Wetter.

Der Hochdruck war nur von kurzer Dauer. Im Westen aufgetretene Luftwirbel werden bei südwestlichen Winden für Mittwoch und Donnerstag bewölkt, wäbig mildes Wetter mit etwas Regen im Gefolge haben.

Druck und Verlag der W. Neuler'schen Buchdruckerei Altenteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Spar- u. Konsumverein Nagold u. Umgebung e. G. m. b. H. Am Sonntag, den 12. November 1922, findet nachm. 4 Uhr im „Traubensaal“ in Nagold eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht vom 1. 4. bis 1. 11. 1922. 2. Erhöhung der Stammanteile. 3. Verschiedenes. Hierzu werden unsere werten Mitglieder zur vollständigen Beteiligung eingeladen. Der Aufsichtsrat: Jlg.

Wäsche mit Henko die Wäsche rein! Henko Henkel's Wasch- u. Bleich- Seife für Wäsche und Haarpütz. Henkel & Cie. Düsseldorf. Einem sehr schönen wächigen Zuchtfarren 17 Monate alt, Selbstgeck, sehr dem Verkauf aus Rich. Reutshler, Martindwood.

Landw. Bezirksverein Calw. Auf Lager ist: Kaliammonsalpeter, Kalisalz, Super-Phosphat, Rainit, Koch- u. Viehsalz, Phosphorsaurer Futterkalk. Ausgabe Mittwochs und Samstags. Geschäftsstelle: J. Rnecht. Hochdorf. Verkauft einen Dachshund für Haus u. Jagd geeignet. Joh. Adam Wurster. Geld in jeder Höhe für alle Zwecke an Jedermann gegen Ratenzahlung durch G. Nagl, Ravensburg Rätektor.